

Gemeinderatssitzung am 23.01.2018

In der ersten Gemeinderatsitzung des Jahres 2018 wurde eine breite Palette von Themen angesprochen. Auf der Tagesordnung standen die aktuelle Situation in der Flüchtlingsunterbringung, die Jahresrechnung 2016, die ersten vorbereitenden Schritte für eine neue Kindertagesstätte im Gebiet Weil-Mitte, mehrere Vergaben und die Spenden, die 2017 bei der Gemeinde eingingen. Sehr erfreulich fiel die Kostenfeststellung für die Hauptstraßensanierung aus, die erheblich unter den letzten Annahmen lag.

Zunächst hatte die Bürgerschaft die Gelegenheit, Fragen an die Gemeinde zu richten.

Roland Kummer fragte, was aus den bei der Radverkehrsschau im Oktober vereinbarten Maßnahmen geworden ist. Bürgermeister Wolfgang Lahl teilte mit, dass der Landkreis die Planung und gegebenenfalls die Umsetzung eines Sicherheitsstreifens in der Schaichhofstraße ab etwa der Ladestraße ortsauswärts für Radfahrer übernehmen will. Die Gemeinde wird die Radwegebeschilderung anpassen.

Peter Hablzel sprach die Schulbusproblematik der vergangenen Wochen an. Der Bürgermeister berichtete über ein Gespräch mit dem Landkreis Böblingen, welches fair und lösungsorientiert verlaufen ist. Ergebnis war, dass der Status quo vor der Umstellung der Fahrpläne weitgehend wieder hergestellt wird. Die Anpassung der Fahrpläne wird bereits vorbereitet.

Eine weitere Frage von Herrn Hablzel betraf die Ableitung des Oberflächenwassers vom Häckselplatz. Der dazu angelegte Graben sei verstopft. Die Verwaltung wird diesen Hinweis an das Straßenbauamt weitergeben.

Bericht zur aktuellen Situation bei der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen und zur Planung 2018

Hauptamtsleiter Feitscher berichtete, dass Gemeinde 2017 ihre Aufnahmeverpflichtung erfüllt hat. 52 Flüchtlinge wurden vom Landkreis in die kommunale Anschlussunterbringung übernommen. Momentan werden in der Gemeinde elf Objekte zur Unterbringung genutzt. Davon sind zwei angemietet. Die restlichen Objekte sind im Eigentum der Gemeinde.

Die meisten Menschen wohnen in den Gebäuden Tübinger Straße 66 und 68 und im Wohnheim Lachentalstraße 12.

Momentan hat die Gemeinde noch 32 freie Plätze, die für die Unterbringung genutzt werden können. Da die Gemeinde aber stets für Fälle der Obdachlosenunterbringung einige freie Plätze vorhalten muss reduziert sich die verfügbare Platzzahl dementsprechend.

Für das Jahr 2018 hat das Landratsamt die Zuweisung von 25 Personen angekündigt. Dazu reichen die momentan vorhandenen Plätze rechnerisch zunächst

aus. Die Gemeinde muss aber mit Familiennachzügen rechnen, die zahlenmäßig noch nicht bezifferbar sind. Diese Menschen werden nicht auf die Unterbringungsquote der Gemeinde angerechnet. Unterzubringen sind diese Menschen durch die Gemeinde dennoch. Hinzu kommt, dass wesentlich weniger Menschen aus den gemeindlichen Unterkünften in private Wohnungen wechseln, als erhofft wurde.

Deshalb ist nicht auszuschließen, dass die Gemeinde in die Situation kommt, in der zweiten Jahreshälfte 2018 oder 2019 nicht mehr ausreichend eigene Plätze zu haben. Eine Überlegung wäre dann, in der Unterkunft des Landkreises bei der Haltestelle Troppel einzelne Zimmer anzumieten. Das ist für die Zielsetzung der Integration in unserer Gesellschaft nicht optimal, aber eine andere Möglichkeit, schnell zusätzliche Plätze zu schaffen, ist derzeit nicht vorhanden.

Der Hauptamtsleiter berichtete über die Verteilung der Flüchtlinge nach den Herkunftsstaaten. Der Großteil, 42 %, kommt aus Syrien. 19 % der Menschen kommen aus Afghanistan und 10 % aus dem Irak. Die restlichen Bewohner verteilen sich auf Somalia, die Türkei, Sri Lanka, Gambia, Eritrea und Pakistan.

Bürgermeister Wolfgang Lahl dankte dem Arbeitskreis Weiler Flüchtlingshilfe und der Sozialbetreuerin, Frau Colleen Viehrig, für die gute Sozialbetreuung in unserer Gemeinde. Dass die Lage in Weil im Schönbuch so ruhig sei auch zum großen Teil ihr Verdienst.

Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen sei aus seiner Sicht am besten geeignet, die Integration in unserer Gesellschaft zu fördern. Die Anmietung von Zimmern in der Unterkunft des Landratsamtes sei eine Notlösung, aber wahrscheinlich schnell umsetzbar.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl fragte, weshalb im Gebäude Tübinger Straße 68 nur drei Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden. Insgesamt sei es für ihn immer noch das Ziel, mittelfristig die dortigen Grundstücke für sozialen Wohnungsbau durch ein gemeinnütziges Unternehmen zu nutzen.

Herr Feitscher berichtete, dass von den drei nicht von Flüchtlingen bewohnten Wohnungen eine ganz normal vermietet ist. Bei den beiden anderen Wohnungen ist der bauliche Zustand so schlecht, dass der finanzielle Aufwand, diese beiden Wohnungen wieder bewohnbar zu machen, nicht vertretbar ist.

Gemeinderätin Weiss erkundigte sich, wie viele Flüchtlinge derzeit in der Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises untergebracht sind. Die Verwaltung geht von 40-50 Personen aus. Der Bürgermeister berichtete, dass momentan keine Überlegungen des Landkreises bekannt sind, diese Unterkunft aufzulösen.

Der Gemeinderat nahm den Bericht zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen und zur Planung für die kommenden Jahre zur Kenntnis.

Feststellung der Jahresrechnungen 2016.

Die Kämmerin Kathrin Böhringer berichtete dem Gemeinderat über das Ergebnis der Jahresrechnung 2016 und erläuterte, dass auf Veranlassung der

Gemeindeprüfungsanstalt die Beratungsunterlage mit den Erläuterungen zu den einzelnen Abrechnungspositionen wesentlich umfangreicher erstellt wurde, als es in den Vorjahren üblich war.

Der Kämmereihaushalt hatte ein Volumen von 23,416 Millionen €, was um beinahe 11 % über der Planung für das Haushaltsjahr 2016 lag. Sehr erfreulich sei die Zuführung von Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt, also das Ergebnis aus dem laufenden Betrieb. Diese betrug im Jahr 2016 etwas mehr als 3,26 Millionen Euro und lag damit weit über den gesetzlichen Vorgaben.

Ausschlaggebend für die hohen Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt waren vor allem deutliche Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und aus dem Finanzausgleich. Eine nicht eingeplante Gewinnausschüttung aus dem Zweckverband Gewerbepark Sol trug ebenfalls zu dem guten Ergebnis bei.

Der Vermögenshaushalt, also der investive Bereich, lag mit 4,601 Millionen Euro um ca. 289.000 € unter den geplanten Ansätzen.

Anstelle einer geplanten Entnahme aus der Rücklage von 623.600 Euro wurden der Rücklage 620.344 € zugeführt. Unter dem Strich ergab das eine Verbesserung um beinahe 1,244 Millionen €. Zum Jahresende 2016 hatte die Gemeinde 2.304.296 € in der allgemeinen Rücklage.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl lobte die umfassende Beratungsunterlage. Er hätte dennoch gerne einige Positionen der Jahresrechnung vorberaten. Als Beispiele nannte er den Schulhausanbau, den Flächenerwerb für Stellplätze bei der Seitenbachanlage oder die Planungsleistungen für Wohnmobilstellplätze im Gaiern, die der Gemeinderat letztendlich abgelehnt hat. Zur Hauptstraßensanierung fragte er, ob die hohen Investitionen zu Gebührenerhöhungen führen werden.

Bürgermeister Wolfgang Lahl erwiderte zu den Planungsleistungen für die Wohnmobilstellplätze, dass diese notwendig gewesen sind, um dem Gemeinderat Angaben zu den Herstellungskosten machen zu können. Er sah diese Vorgehensweise als notwendig, um solide Kostangaben für die Beratung eines Vorhabens machen zu können.

Die Kämmerin Kathrin Böhringer bot an, die künftigen Jahresrechnungen gerne im Sozial- und Finanzausschuss vorzubereiten. Die diesjährige Vorgehensweise sei das Resultat der beim letzten Mal angesprochenen hohen Ausführlichkeit der Berichte zu den Jahresabschlüssen. Zur Gebührenhöhe berichtete sie, dass die Abschreibungen auf die Herstellungskosten in die Gebührenkalkulation einfließen müssen. Mangels Kalkulation sei aber derzeit noch keine Aussage zu den Auswirkungen auf die künftige Gebührenhöhe möglich. Der Bürgermeister ergänzte, dass steigende Abschreibungen nicht automatisch eine 1:1-Umsetzung bei der Gebührenhöhe bedeuten.

Gemeinderat Dauber freute sich über die vorgelegte Jahresrechnung und äußerte Lob an den Gemeinderat und für die Verwaltung. Die Zuführung an die allgemeine Rücklage sehr sei erfreulich, dürfe aber nicht für zusätzliche Investitionen verplant werden. Die Gemeinde werde diese Mittel benötigen, um die bereits jetzt geplanten Vorhaben umzusetzen.

Anschließend berichtete die Kämmerin über den Jahresabschluss im Eigenbetrieb Gemeindewerke. In Summe erwirtschaftete der Eigenbetrieb einen Gewinn von 181.929,80 €. Der Gewinn aus der Wasserversorgung von 38.621,16 € soll mit Verlustvorträgen aus früheren Jahren verrechnet werden. Der Jahresgewinn der Abwasserbeseitigung von 143.305,64 € soll an den Kämmereihaushalt abgeführt werden, der umgekehrt auch für die Abdeckung von Verlusten geradestehen muss.

Die Kreditermächtigung für den Eigenbetrieb von 4,6 Millionen € wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Auf die Aufnahme eines Darlehens von 600.000 € konnte verzichtet werden.

Der Prozentsatz der Wasserverluste war mit 23,3 % deutlich höher als in den Vorjahren, so die Kämmerin. Hier spiegeln sich die in den Vorjahren deutlich heruntergefahrenen Unterhaltungsinvestitionen wieder. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken sind deutlich mehr Investitionen in die Unterhaltung des Wasserleitungsnetzes nötig. Aus diesem Grund sei das vom Gemeinderat beschlossene Konzept zur systematischen Sanierung von Straße, Wasserleitungen und Kanälen sinnvoll.

Ebenso wie im Teilbereich Wasserversorgung gab es auch im Bereich Kanäle wegen der Investitionen in der Hauptstraße deutliche Zugänge zum Anlagevermögen. Ursache für die deutlichen Zugänge im Anlagevermögen der Kläranlage waren die hohen Ausgaben für die Kläranlagensanierung.

In 2016 noch nicht umgesetzt wurden die Umbuchungen aus der Sanierung der Hauptstraße in Bezug zu den Kostenanteilen, die der Eigenbetrieb zu tragen hat. Diese wurden 2017 vorgenommen.

Gemeinderat Hiller erkundigte sich, ob sich der Landkreis an den Investitionen für die Straßenentwässerung der Hauptstraße und an den laufenden Kosten beteiligt. Bei den Baukosten bestätigte der Bürgermeister die Kostenbeteiligung des Landkreises. Eine laufende Kostenbeteiligung gibt es dagegen nicht.

Zum Abschluss der Beratung der Jahresrechnung 2016 dankte der Bürgermeister der Kämmerin ausführlich für die gute Arbeit des Jahresabschlusses. Einstimmig stimmte der Gemeinderat den vorgelegten Jahresrechnungen 2016 für den Kämmereihaushalt und den Eigenbetrieb Gemeindewerke zu.

Planungsleistungen für die neue Kindertagesstätte im Gebiet Weil-Mitte

Ortsbaumeister Ehmann sprach an, dass die Gemeinde sehr wahrscheinlich ein geeignetes Grundstück für den Neubau der Kindertagesstätte in unmittelbarer Nähe des Baugebietes erwerben kann. Bürgermeister Wolfgang Lahl ergänzte, dass der Notartermin für den Kauf dieses Grundstücks für den 5. Februar 2018 avisiert ist.

Der Ortsbaumeister erläuterte, dass die Gemeindeverwaltung gerne bereits jetzt die Legitimation hätte, mit den Planungen des Gebäudes zu beginnen. Hintergrund ist der hohe Zeitdruck für die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze. Um unnötige Verzögerungen bis zu den nächsten Gemeinderatssitzungen zu vermeiden bat die Gemeindeverwaltung um Zustimmung, mit dem bewährten Architekten- und

Planerteam, das kürzlich den Anbau an die Gemeinschaftsschule geplant und umgesetzt hat, bei der Kindertagesstätte erneut zusammenzuarbeiten.

Auch bei Legitimation durch den Gemeinderat soll zunächst nur der Architekt, das Büro Frirdich, Widmann + Partner, mit den Leistungsphasen 1 und 2 beauftragt werden. Alle weiteren Planungsaufträge würden erst erteilt, sobald der Kaufvertrag über das Grundstück abgeschlossen ist.

Die zeitliche Planung des Ortsbauamts sieht vor, 2018 das Gebäude zu planen und falls notwendig den Bebauungsplan anzupassen. In den Wintermonaten 2018 /2019 soll die Ausschreibung erfolgen und unmittelbar anschließend mit dem Bau begonnen werden. Bei planmäßigem und störungsfreiem Verlauf könnte die neue Kindertagesstätte im Sommer 2020 genutzt werden.

Das Projektmanagement würde wie bisher bei anderen Vorhaben das Ortsbauamt selber übernehmen.

Bürgermeister Wolfgang Lahl sprach sich dafür aus, mit dem bewährten Planerteam des Schulanbaus erneut zusammen zu arbeiten. Dieses Projekt wurde reibungslos und pünktlich umgesetzt, trotz zuvor nicht bekannter Probleme im Untergrund. Bei Fertigstellung der neuen Kindertagesstätte im Sommer 2020 könnte die Übergangslösung an der Schule aufgelöst werden. Diese Räume werden von der Gemeinschaftsschule dringend benötigt werden. Insgesamt sei dies ein sehr sportlicher Zeitplan.

Gemeinderat Breitling betonte, dass im Sprachgebrauch bei diesem Vorhaben nicht mehr von einem Kindergarten gesprochen werden sollte. Nicht zuletzt aus dem Grund, weil die Planungsvorgaben und die finanziellen Fördermöglichkeiten bei Kindertagesstätten anders sind. Bürgermeister Wolfgang Lahl bestätigte dies und kündigte an, frühzeitig einen Förderantrag zu stellen. In diesem Bereich der Kinderbetreuung sei es vorteilhaft, dass auch schon vor der Entscheidung über einen Zuschussantrag mit dem Bau begonnen werden darf.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, das Planerteam des Schulhausanbaus auch mit dem Neubau der Kindertagesstätte bei dem Baugebiet Weil-Mitte zu beauftragen.

Support für die EDV in der Gemeinschaftsschule

Ortsbaumeister Ehmann informierte den Gemeinderat über den Vorschlag der Gemeindeverwaltung. Nachdem die frühere EDV-Betreuung an der Schule nicht mehr fortgesetzt wurde sahen die Gemeindeverwaltung und die Schulleitung die Notwendigkeit, die Betreuung der EDV in der Gemeinschaftsschule grundlegend neu zu konzipieren. Nach einigen Zwischenlösungen und Provisorien entschloss sich die Gemeindeverwaltung gemeinsam mit der Schulleitung dazu, Angebote für eine professionelle und systematische Betreuung der EDV in der Gemeinschaftsschule einzuholen.

Zusätzlich ist es notwendig, das vorhandene Schulnetzwerk umfassend und nachvollziehbar zu dokumentieren, um daraus die notwendigen Maßnahmen für die

kommenden Jahre abzuleiten. Bei potentiellen Kandidaten für die Betreuung der Schul-EDV darf nach gemeinsamer Ansicht nicht nur die Höhe des Stundensatzes maßgebend sein, sondern die Anbieter müssen Erfahrungen in der Betreuung von Schulen und mit den dort verwendeten Programmen haben. Nach Abfrage anderer vergleichbarer Schulen hat die Gemeindeverwaltung eine Ausschreibung ausgearbeitet und Angebote bei drei in Frage kommenden Firmen eingeholt. Eine der angefragten Firmen sagte von vornherein aus Kapazitätsgründen ab. Eine weitere Firma konnte die geforderten Referenzen nicht vorweisen. Übrig blieb die Firma Innovative Datensysteme GmbH (indasys), die bereits bei anderen Schulen im Landkreis im Einsatz ist.

2018 sollen vor allem die dringendsten Maßnahmen umgesetzt, der Bestand aufgenommen und die für die nächsten Jahre notwendigen Maßnahmen beschrieben werden, damit diese in die kommenden Haushalte eingeplant werden können. Mittelfristig steht die Umstellung von etwa 100, bisher noch mit Windows 7 laufenden PCs auf Windows 10 und auf die aktuelle Version der landeseinheitlichen Schulsoftware an. Der Stundensatz von 120 € sei in diesem Marktsegment leider branchenüblich.

Bürgermeister Wolfgang Lahl betonte, dass die Gemeinschaftsschule ein zuverlässiges und gutes EDV-System benötigt. Er erläuterte, dass die Gemeinde als Schulträger für die Hardware zuständig ist. Die Betreuung des laufenden Betriebs selber sei Sache des Landes. Die Gemeinschaftsschule hat dazu wöchentlich zwei Deputatsstunden zur Verfügung, was angesichts Anzahl von Rechnern und des notwendigen Betreuungsaufwands absolut unzureichend ist. Umso höher sei der Einsatz von Herrn Mutschler für die Betreuung der EDV in der Gemeinschaftsschule in der Gemeinschaftsschule zu bewerten, der wesentlich mehr Zeit für diese Aufgabe verwendet.

Der Bürgermeister plädierte dafür, mit der Beauftragung der Firma indasys jetzt eine dauerhafte solide Lösung zu schaffen.

Gemeinderätin Himmelein brachte ein, dass damit für den nächsten Haushalte jährliche Kosten von etwa 30.000 € zu erwarten sind. Der Bürgermeister bestätigte das im Grundsatz.

Mehrere Stimmen im Gemeinderat (Gemeinderäte Dauber und Breitling) störten sich an dem Stundensatz von 120 € und schlugen vor, hier nachzuverhandeln.. Dazu sah die Gemeindeverwaltung angesichts der wenigen infrage kommenden Anbieter keine Realisierungsmöglichkeit.

Gemeinderat Finger bestätigte, dass der angesetzte Stundensatz für Leistungen dieser Art normal ist. Seiner Meinung nach holen die Gemeinde die Einsparungen aus der Vergangenheit nun ein. Notwendig seien solide Kostenschätzungen für die kommenden Haushalte der Gemeinde. Bei Nachrüstungen und Reparaturen der Rechner in der Schule müsse darauf geachtet werden, dass die dadurch entstehenden Kosten nicht über den Kosten von Neuanschaffungen liegen.

Bürgermeister Wolfgang Lahl betonte, dass Schätzungen der künftigen Haushaltsbelastung ohne eine solide Aufnahme des Ist-Zustandes nicht seriös sind.

Er sicherte zu, dem Gemeinderat Zwischenberichte zu den weiteren Entwicklungen zu.

Gemeinderat Thomas Müller brachte vor, dass eine funktionierende und zuverlässige EDV-Anlage im Schulalltag unverzichtbar ist. Im Notfall müsse schnelle Hilfe verfügbar sein, auch wenn die Kosten höher sind als bisher.

Gemeinderat Ehrmann sah die neue Konzeption der EDV-Betreuung in der Gemeinschaftsschule ebenfalls als notwendig an. Er kritisierte die unzureichende Unterstützung des Landes in diesem Bereich. Bürgermeister Wolfgang Lahl berichtete dazu, dass die angekündigten Fördermittel von Bund und Land zur Förderung der Digitalisierung in den Schulen umgerechnet je Schüler gerade einmal 150 € ergeben. Das genüge nicht einmal, um aktuelle Hardware zu beschaffen, von einem zuverlässigen ständigen Support ganz zu schweigen.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, die Firma innovative Datensysteme GmbH aus Stuttgart mit dem Support der Schul-EDV in der Gemeinschaftsschule zu beauftragen.

Kostenfeststellung für die Sanierung der Hauptstraße

Ortsbaumeister Ehmann erinnerte zunächst an die bei der Kostenschätzung, Kostenberechnung und zuletzt der Kostenfortschreibung im Oktober 2015 genannten Gesamtkosten. Beginnend mit 6,955 Mio. bei der Kostenschätzung im Juni 2013 entwickelte sich die Kostenfortschreibung bis zum Oktober 2015 auf beinahe 8,7 Mio. €. Das jetzt vorgelegte Abrechnungsergebnis liegt mit knapp unter 7,9 Mio. € erfreulicherweise unter diesen Berechnungen. Enthalten sind alle Bauleistungen und die Honorare bis zur Leistungsphase 8. Die Leistungsphase 9, die Begleitung zum Ablauf der Gewährleistungsfrist, wird aus laufenden Haushaltsmitteln finanziert werden.

Anschließend ging der Ortsbaumeister auf die Kostenbeteiligung des Landkreises ein. Von vornherein war mit einer Kostenbeteiligung von 1,4 Mio. € gerechnet worden. Durch Veränderungen im Bauablauf wie zum Beispiel die Verlängerung des Straßenbaus in der Seesteige stieg die Kostenerstattung des Landkreises auf 1,641 Mio. € an. Darin enthalten ist ein Betrag von 150.000 € wegen der niedrigeren Unterhaltungsaufwendungen im Straßenbereich durch den Einsatz von Beton. 2018 erwartet die Gemeinde eine weitere Kostenbeteiligung des Landkreises für die Straßenentwässerungseinläufe von ca. 200.000 €.

Aus dem Landessanierungsprogramm erhielt die Gemeinde Fördermittel für den Gehwegbereich von etwas über 148.000 €. Unter dem Strich summieren sich diese Kostenerstattungen auf knapp 2 Mio. €, sodass von der Gemeinde 5,89 Mio. € zu tragen sind.

Davon wiederum hat der Eigenbetrieb Gemeindewerke die Kosten aufzubringen, die direkt auf die Erneuerung der Wasserleitungen und der Kanäle entfallen. Hinzu kommt der Teil der Straßenerneuerungskosten, die der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zuzurechnen sind. Da bei der Sanierung der Hauptstraße sowohl die Straße als auch die Wasserleitungen und die Kanäle erneuert werden mussten wurden die Kosten des Straßenbaus über den Wasserleitungen und den

Kanälen nach Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt zu 50 % dem Kämmereihaushalt und zu 50 % dem Eigenbetrieb Gemeindewerke zugeordnet.

Mehrkosten gegenüber den ursprünglichen Planungen ergaben sich daraus, dass die Gemeinde den Kreuzungsbereich um eine Linksabbiegerspur erweitern konnte. Die Anpassungen des Straßenbereichs an private Grundstücke waren ebenfalls teurer als erwartet.

Bürgermeister Wolfgang Lahl sprach an, dass die Absetzungen zu Lasten des Eigenbetriebs durch die notwendige Absprache mit der Gemeindeprüfungsanstalt erst im Laufe der Bauarbeiten festgelegt werden konnte. Den jetzt ermittelten Schlüssel wird die Gemeinde auch bei der Sanierung der Hartmannstraße anwenden, wo die Ausgangslage vergleichbar ist. Die Abrechnung habe insgesamt ein sehr erfreuliches Ergebnis ergeben, wofür dem Ortsbauamt, aber auch den anderen Abteilungen der Gemeindeverwaltung zu danken sei.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der Kostenfeststellung für die Sanierung der Hauptstraße zu.

Vergabe der Bauleistungen für die Sanierung der Hartmannstraße

Ortsbaumeister Ehmman berichtete, dass die Bauarbeiten öffentlich ausgeschrieben wurden. Alle 6 eingegangenen Angebote waren zu werten.

Bemerkenswert ist die breite Streuung zwischen dem günstigsten Bieter, der Firma Eurovia Teerbau GmbH mit 1,236 Millionen zum nächstgünstigen Bieter mit 1,739 Millionen €. Die Differenz von 40 % ist ungewöhnlich groß. Daher muss damit gerechnet werden, dass die Rechnungsabteilung der Eurovia Teerbau GmbH diese Baustelle besonders intensiv betreuen wird.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat dem Vergabevorschlag an die Eurovia Teerbau GmbH zu.

Genehmigung von Spenden an die Gemeinde im Jahr 2017

Da Bürgermeister Wolfgang Lahl befangen war übernahm der erste stellvertretende Bürgermeister, Gemeinderat Klaus Finger, die Sitzungsleitung. Er sprach die für die Annahme von Spenden geltenden Richtlinien des Gemeinderates an und konnte berichten, dass die Gemeinde im vergangenen Jahr beinahe 30.000 € an Spenden erhalten hat. Die Spende von Daimler-Benz für die Gestaltung des Pausenhofes an der Gemeinschaftsschule sei darin nicht enthalten, weil diese Spende direkt an den Förderverein Schule plus ging.

Im Namen der Gemeinde Weil im Schönbuch dankte er allen Spenderinnen und Spendern sehr herzlich für ihre Unterstützung.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der Annahme der im Jahr 2017 eingegangenen Spenden zu.

Bekanntgaben

Präsentationstechnik im Bürgersaal

Hauptamtsleiter Feitscher berichtete, dass die Verwaltung auftragsgemäß überprüft hat, ob zwei Monitore im hinteren Bereich des Bürgersaals am Gebälk angebracht und bei Bedarf herabgelassen werden können. Aus technischen und praktischen Gründen wird von dieser Überlegung abgeraten. Stattdessen sollen wie bisher geplant 2 neue Beamer und 3 Monitore zur Aufstellung zwischen den Sitzungstischen beschafft werden.

Die Verwaltung schlug außerdem vor, zusätzlich ein unabhängig von der Präsentationstechnik nutzbares Audiosystem für Vorträge, Lesungen oder Trauungen anzuschaffen.

Der Gemeinderat stimmt den beiden Vorschlägen zu und beauftragte die Verwaltung mit der Ausschreibung und Umsetzung.

Anfragen aus dem Gemeinderat

- Gemeinderat Kolb sprach Beschwerden aus der Bevölkerung an, wonach der Weg vom Seetal ins Wochenendgebiet von vielen Fahrzeugen und zu schnell befahren wird. Der Bürgermeister berichtete, dass die Gemeinde dazu mit den Anliegern in Kontakt ist. Die Zufahrt in das Wochenendgebiet Roßhalde muss möglich sein. Bevor Maßnahmen ergriffen werden wird die Gemeindeverwaltung mit Messgeräten die Anzahl und die Geschwindigkeiten der durchfahrenden Fahrzeuge ermitteln.
- Gemeinderat Siegfried Müller berichtete, dass auf dem Parkplatz am See parkende LKWs oft so nahe am bewachsenen Bereich abgestellt werden, dass die Beleuchtung durch die Straßenlaternen abgeschirmt wird. Er regte an, das Parken in diesem Bereich zu unterbinden. Die Verwaltung wird prüfen, welche Möglichkeiten es dazu gibt.
- Gemeinderat Siegfried Müller sprach eine Diskrepanz zwischen der Vereinsförderrichtlinie zur Förderung Jugendlicher über 18 Jahren, die sich in einer Ausbildung befinden zu den Abrechnungsvordrucken für die Vereinsförderung an. Dort wird diese Unterscheidung nicht getroffen. Die Verwaltung wird das überprüfen.
- Gemeinderat Breitling fragte nach den Beeinträchtigungen im Gemeindewald durch die Starkregen der letzten Tage. Die Verwaltung wird dazu bei Revierförster Berner nachfragen.
- Gemeinderätin Himmelein bezog sich auf die Rede des Bürgermeisters am Neujahrsempfang in Bezug auf die neu zu schaffenden Pflegeplätze und fragte, ob es inzwischen eine neue Fortschreibung des Kreispflegeplans gibt. Der Bürgermeister verneinte das, es gelte immer noch die letzte, dem Gemeinderat bekannte Fortschreibung. Für Weil im Schönbuch wurde ein Bedarf von ca. 35 zusätzlichen Pflegeplätzen ermittelt. Diese Zahl sah der Bürgermeister auch als Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit einer Einrichtung.

- Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl regte an, im Mitteilungsblatt noch einmal einen Lageplan zum neuen Baugebiet Weil-Mitte abzudrucken. Der Bürgermeister würde lieber erst dann informieren, wenn nach der Festlegung des KiTa-Standortes der städtebauliche Wettbewerb beginnt. Sonst werden zeitliche Erwartungen geweckt, die nicht erfüllbar sind.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.